

Beschlussbuch

Leitantrag Soziale Kommunalpolitik in einer solidarischen Stadt	Seite 02
Teilhabe von Migrantinnen und Migranten ermöglichen – Vielfalt in München leben!	Seite 12
Mehr Verteilungsgerechtigkeit erreichen	Seite 14
Flüchtlingspolitik	Seite 16
Private Altersvorsorge besser regulieren – „Finanz-TÜV“ einführen	Seite 18
Statt Solidarrente: Grundsicherung im Alter reformieren	Seite 20
Der Stadtteil Freiham soll inklusiv werden	Seite 22
Wohnraum für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst und im kommunalen öffentlicher Dienst	Seite 24
Bildungscampus Freiham	Seite 25
Einrichtung von „Demenz-WGs“	Seite 27
SPD-Mitgliederbegehren vereinfachen	Seite 28

1 Antragsteller(innen): Gesamtvorstand der Münchner SPD

2

3

4 **Leitantrag**

5 **Soziale Kommunalpolitik in einer solidarischen Stadt**

6

7 **Soziale Gerechtigkeit als Prinzip**

8

9 Soziale Gerechtigkeit ist eines der zentralen Themen der Gegenwart und der Zukunft.
10 Eine sozial gerechte Politik sorgt für sozialen Frieden und ist Wertefundament einer
11 zivilisierten Gesellschaft. Gerade in großen Städten, in denen Menschen
12 unterschiedlichster sozialer und kultureller Herkunft in verschiedensten Lebenslagen
13 aufeinandertreffen, ist die soziale Gerechtigkeit Grundlage des friedlichen und sicheren
14 Zusammenlebens. Soziale Kommunalpolitik in München sichert die solidarische
15 Stadtgemeinschaft im Interesse aller Münchner Bürgerinnen und Bürger.

16

17 Eine gute Sozialpolitik ist Auftrag der Verfassung. Sie ist die Grundlage eines
18 würdevollen Lebens und Voraussetzung dafür, dass alle Münchnerinnen und
19 Münchner ihr Leben selbstbestimmt und eigenverantwortlich gestalten können.
20 Vorsorgende kommunale Stadtpolitik ist auf die Solidarität aller angewiesen.

21

22 Eine sozial gerechte Politik ist nicht nur Auftrag der Städte, sondern auch Auftrag von
23 Bund und Ländern. Wir akzeptieren nicht, dass in einem wohlhabenden Land wie
24 Bayern die Armut weiter wächst. Und schon gar nicht die Armut von Kindern. Und wir
25 akzeptieren nicht, dass die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland immer
26 weiter auseinandergeht. Eine chancengerechte Gesellschaft zu erreichen, in der
27 Diskriminierung keinen Platz hat, ist Ziel unserer Sozialpolitik.

28

29 Das wohl überzeugendste Zeugnis unserer erfolgreichen sozialen Kommunalpolitik
30 haben wir dadurch erhalten, dass das Bündnis „München sozial“ der seit 1990
31 sozialdemokratisch geführten Stadt 2010 und 2012 das Qualitätssiegel „Soziale Stadt“
32 zuerkannt hat. Die Gründe dafür waren unter anderem die Beibehaltung freiwilliger
33 Leistungen zur Grundsicherung im Alter, hohe Investitionen in die
34 Kindertagesbetreuung sowie die Verschonung freier Träger von Haushaltskürzungen.

35

36 Die Münchner SPD steht für eine integrative Sozial-, Stadt- und
37 Infrastrukturplanungspolitik mit dem Ziel einer ganzheitlichen Quartiersentwicklung
38 in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern.

39

40 Ein wichtiger sozialpolitischer Beitrag ist der Erhalt und die Schaffung von Wohnraum
41 sowie die Sorge um bezahlbare Mieten. Der sozialpolitische Parteitag bekräftigt
42 deshalb die Beschlüsse des wohnungspolitischen Parteitages der Münchner SPD, von
43 denen bereits alle von der SPD-Fraktion im Rathaus umgesetzt wurden. Wir werden
44 dafür sorgen, dass der Freistaat Bayern seiner Verantwortung gegenüber der
45 Wohnungspolitik gerecht wird.

46

47 Mehr als 28 % der Münchnerinnen und Münchner engagieren sich ehrenamtlich für-
48 und miteinander. Sie bringen in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, in Sportvereinen, in
49 Kirchen, in Altenheimen, in Freizeitstätten und in zahlreichen sozialen Initiativen und
50 Vereinen ihre Zeit, ihr Herzblut und ihre Fähigkeiten zum Wohle der Allgemeinheit ein
51 und leisten so einen bedeutsamen Beitrag, der Solidarität sichtbar werden lässt. Ihr

1 ehrenamtliches Engagement ist zentrale Lebensader der sozialen Stadt München und
2 macht sie erst zu einem so lebenswerten und bunten Ort. Nicht zuletzt der Münchner
3 SPD ist es zu verdanken, dass die Förderung und Unterstützung des Bürgerschaftlichen
4 ehrenamtlichen Engagements Einzelner wie auch von Initiativen, Gruppen und
5 Vereinen seit Jahrzehnten bedarfsgerecht ausgebaut und weiterentwickelt wird. Wir
6 garantieren, dass die wertvolle Ressource und das Potential Bürgerschaftliches
7 Engagement auch zukünftig eine wichtige und bedeutsame Ergänzung zur
8 hauptamtlichen Arbeit bleibt und sie nicht ersetzt.

9
10 Die Münchner SPD wird sich auch künftig dafür einsetzen, dass München eine Stadt für
11 alle bleibt. Mit der Solidarität der Reicheren mit den Ärmeren, der Starken mit den
12 Schwachen und mit dem beständigen Bemühen um soziale Gerechtigkeit wird es uns
13 gelingen, München als soziale Stadt weiter zu entwickeln, in der alle die Chance haben,
14 ihr Leben in eigenständiger Verantwortung und menschlicher Würde zu gestalten.
15 Dafür steht die Münchner SPD ein in ihrer Verantwortung für die Politik in Bund, Land
16 und Stadt.

17 18 **Armut weiter wirkungsvoll bekämpfen**

19
20 Seit über 25 Jahren ist die Bekämpfung von Armut ein Schwerpunkt
21 sozialdemokratischer Kommunalpolitik in München. München ist die einzige Großstadt
22 in Deutschland, die im SGB XII einen erhöhten Regelsatz zahlt, derzeit 402 statt 382
23 Euro. Dank München-Pass können 90.000 Münchnerinnen und Münchner deutlich
24 verbilligte MVV-Tickets erwerben und trotz eingeschränkter finanzieller Möglichkeiten
25 an vielen Angeboten des öffentlichen und kulturellen Lebens teilhaben. Familien- und
26 Ferienpass, aber auch die neue Förderformel bei der Kindertagesbetreuung machen
27 München zu einer sozialen Stadt für alle Kinder. Auch wenn die Zahl der
28 Sozialleistungen beziehenden Menschen in München bundesweit am niedrigsten ist,
29 zeigt der neueste Armutsbericht der Landeshauptstadt München, dass weiterhin
30 Handlungsbedarf besteht. Über 200.000 Münchnerinnen und Münchner, darunter fast
31 die Hälfte mit ausländischer Herkunft, gelten als arm oder armutsgefährdet.

32
33 Die Steuer-, Verteilungs- und Arbeitsmarktpolitik von Bund und Land hat einen
34 wesentlichen Anteil an den wachsenden Einkommensunterschieden und dem
35 Auftreten von Armut. Bund und Land haben es folglich auch in der Hand, mit
36 sozialpolitischen Maßnahmen entgegenzusteuern. So sind atypische
37 Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit und Minijobs dramatisch gestiegen.
38 Während das einkommensstärkste Fünftel der Münchner Bevölkerung inzwischen über
39 46% des Gesamteinkommens verfügt, bezieht das unterste Fünftel lediglich 8% des
40 Gesamteinkommens.

- 41
- 42 • Die Münchner SPD fordert deshalb vom Bund die gesetzliche Einführung eines
43 flächendeckenden Mindestlohns von anfangs 8,50 Euro, um die Auswirkungen
44 prekärer Arbeit zu reduzieren. Der Mindestlohn soll sich an den regionalen
45 Gegebenheiten orientieren, dies muss in den zuständigen Landtagen geregelt
46 werden, in München 10,50 Euro pro Stunde.
 - 47
 - 48 • Das Wohngeld soll deutlich erhöht und das Antrags- und
49 Genehmigungsverfahrens vereinfacht werden.
 - 50
 - 51 • Wir fordern ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld, das die bisherigen

1 Ungerechtigkeiten des Kinderfreibetrags, der Besserverdienende begünstigt,
2 endlich beendet.

- 3
- 4 • Die Münchner SPD setzt sich ein für die Abschaffung des Ehegattensplittings für
5 künftige Ehen, denn es begünstigt die traditionelle Rollenverteilung zwischen
6 Männern und Frauen und subventioniert in rund 40 Prozent der Fälle kinderlose
7 Paare.
8
 - 9 • Wir wollen die Leistungen des Unterhaltsvorschlusses für Kinder, deren Vater
10 oder Mutter keinen Unterhalt zahlen, verlängern. Die derzeitige Begrenzung des
11 Unterhaltsvorschlusses auf das 12. Lebensjahr für Dauer von maximal sechs
12 Jahren wird der heutigen Lebenssituation von Alleinerziehenden nicht gerecht.
13
 - 14 • Bildung, als Kernelement der Chancengerechtigkeit und der Verhinderung von
15 Armut muss von Anfang an kostenfrei sein.
16
 - 17 • Die Altersarmut bekämpfen ist zentrales Ziel einer gerechten Sozialpolitik.
18 Dieses Ziel wollen wir durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns
19 und durch eine armutsfeste Rente erreichen. Wer sein Leben lang gearbeitet hat
20 darf nicht dem Risiko der Altersarmut ausgesetzt sein.
21
 - 22 • Die Regelsätze im SGB II und im SGB XII müssen bedarfsgerecht gestaltet, die
23 tatsächlichen Kosten für Energie, Gesundheit und Ernährung anerkannt werden.
24 Für einmalige Bedarfe zum Lebensunterhalt, die nicht aus dem Regelsatz
25 finanziert werden können (u.a. Waschmaschine, Kühlschrank), soll ein
26 gesetzlicher Anspruch eingeführt werden.
27
 - 28 • Die Schuldnerberatung und die vorbeugende Arbeit mit jungen Menschen
29 werden weiter ausgebaut, um Armut frühzeitig zu verhindern.
30
 - 31 • Die Programme zur Prävention von Wohnungslosigkeit und zum kleinteiligen,
32 stadtweiten Bau von Sozialwohnungen sind Ausdruck erfolgreicher
33 kommunaler Wohnungspolitik. Durch die Schaffung und inzwischen
34 beschlossene dauerhafte Umsetzung des Gesamtkonzepts "Prävention zum
35 Erhalt von Mietverhältnissen", in dem präventive, begleitende und
36 nachsorgende Maßnahmen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit
37 zusammengeführt sind, können jährlich 3.000 Haushalte in ihren Wohnungen
38 verbleiben. Allein in diesem Jahr werden zudem 270 neue Wohneinheiten für
39 Benachteiligte am Wohnungsmarkt fertiggestellt.
40

41 **Arbeit und Beschäftigung für alle ermöglichen**

42
43 Weil es sinnvoller ist, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, setzt sich die
44 Münchner SPD seit Jahrzehnten für eine aktive Beschäftigungs- und
45 Qualifizierungspolitik auch auf kommunaler Ebene ein, wenngleich die
46 Arbeitsmarktpolitik in erster Linie Bundesaufgabe ist. Seit 1984 legt die Stadt München
47 ein eigenes kommunales Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm auf, mit dem
48 besonders Benachteiligte am Arbeitsmarkt gezielt gefördert werden. Darunter sind
49 Menschen mit Migrationshintergrund, deren berufliche Qualifikation aus der Heimat in
50 Deutschland häufig keine Anerkennung findet, aber auch viele alleinerziehende
51 Frauen, die bei der Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung vor besonders großen
52 Herausforderungen stehen. In Projekten der berufsbezogenen Jugendhilfe wird

1 Schulabgängerinnen und -abgängern entweder ein Ausbildungsplatz, eine
2 Qualifizierung in einem Betrieb oder eine Arbeitsstelle vermittelt. Ferner fördert die
3 Stadt mit zahlreichen Initiativen den Wiedereinstieg nach der Elternzeit,
4 Existenzgründungen oder berät in Fragen der Berufsplanung und Karriereentwicklung.
5 Diese aktive Arbeits- und Beschäftigungspolitik werden wir weiterführen.
6

- 7 • Die von der schwarz-gelben Bundesregierung veranlassten Einsparungen bei
8 den Jobcentern müssen zurückgenommen werden. Allein für München erfordert
9 dies eine Erhöhung des Etats von derzeit 29 Mio. € auf mindestens 44 Mio. €
10 (Volumen von 2009).
11
- 12 • Wir fordern einen ausfinanzierten Verwaltungshaushalt, damit die gesetzlichen
13 Fallzahlen in der Arbeitsvermittlung und bedarfsgerechte Fallzahlen in der
14 Leistungssachbearbeitung gewährleistet werden können.
15
- 16 • Wir setzen uns für einen öffentlich geförderten, sozialen Arbeitsmarkt für
17 schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose ein, der in erster Linie aus
18 Bundesmitteln des örtlichen Eingliederungstitels der Jobcenter finanziert wird.
19
- 20 • Auf städtischer Ebene wird das Münchner Beschäftigungs- und
21 Qualifizierungsprogramm, das mit einem Etat von nahezu 30 Millionen Euro
22 jährlich das mit Abstand größte kommunale Beschäftigungsprogramm ist und
23 vielen am Arbeitsmarkt Benachteiligten eine neue Perspektive eröffnet, in
24 seinem Umfang fortgeführt und konzeptionell weiterentwickelt.
25
- 26 • Die Münchner SPD setzt sich ein für den Erhalt und Ausbau niedrigschwelliger
27 Arbeitsgelegenheiten für Menschen, die - häufig aufgrund einer psychischen
28 Erkrankung - nicht voll erwerbsfähig sind.
29
- 30 • Wir fordern Programme, um Menschen mit Behinderungen, die Anspruch auf
31 Förderung in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) haben, mit Hilfe
32 von gezielter Vermittlung, Praktika und Arbeitsassistenz dauerhaft in Betrieben
33 des allgemeinen Arbeitsmarktes zu beschäftigen.
34
- 35 • Das Zuständigkeitswirrwarr der verschiedenen Sozialleistungsträger bei
36 Menschen mit Behinderungen muss geklärt werden, damit Arbeitssuchende mit
37 Handicap ohne Zeitverzug die individuell passende Unterstützung bekommen.
38

39 **Inklusion umsetzen**

40
41 München ist eine behindertenfreundliche Stadt. Die Teilhabe der Menschen mit
42 Behinderungen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben wird seit Jahren
43 verbessert. Neubaugebiete werden ausschließlich barrierefrei geplant, sämtliche U-
44 Bahnhöfe wurden mit Aufzügen nachgerüstet, die städtische Busflotte kontinuierlich
45 mit Niederflurbussen ausgestattet. Mit dem Behindertenbeirat und dem
46 Behindertenbeauftragten haben die Betroffenen eine eigene Interessenvertretung, die
47 Verwaltung und Stadtrat berät und eine zentrale Anlaufstelle für Menschen mit
48 Behinderungen und deren Angehörige darstellt.
49

50 Mit der UN-Behindertenrechtskonvention besteht die Forderung nach Inklusion in allen
51 Lebensbereichen. Inklusion erfordert einen gesellschaftlichen Wandel in Bund, Land
52 und Kommunen. Menschen mit Behinderungen haben das Recht, mitten in der

- 1 Gesellschaft zu leben. Die volle und wirksame Teilhabe in allen Lebensbereichen sind
2 Kernprinzipien der Behindertenrechtskonvention. Die Münchner SPD nimmt diesen
3 Auftrag sehr ernst und fordert alle öffentlichen und privaten Institutionen der Stadt
4 auf, Inklusion in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich zum Grundprinzip des
5 Handelns zu machen.
6 Eine inklusive Gesellschaft nach der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit
7 Behinderungen ist Gemeinschaftsaufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden. Dies
8 gilt sowohl für die Umsetzung vor Ort als auch für die Finanzierung, der von Bund und
9 Ländern anerkannten Konvention.
- 10
11 • Notwendig ist eine inklusive Ausrichtung der Stadtverwaltung insgesamt,
12 insbesondere aber bei der Infrastruktur-, Verkehrs-, Stadtentwicklungs-, Sozial-,
13 Bildungsplanung. Sämtliche Vorhaben und Prozesse auf örtlicher Ebene müssen
14 in auf ihre inklusionsfördernde Wirkung geprüft werden.
15
 - 16 • Alle öffentlichen Angebote, insbesondere der elementar- und schulische Bereich,
17 sind inklusiv auszurichten, damit sie für auch für Menschen mit Behinderung
18 zugänglich sind und gleichberechtigt mit anderen in Anspruch genommen
19 werden können.
20
 - 21 • Barrierefreiheit muss zum bestimmenden Merkmal werden. Nur in einem
22 barrierefreien Raum mit barrierefreien Gebäuden, barrierefreier
23 Kommunikation und barrierefreien Dienstleistungen können sich Menschen mit
24 und ohne Behinderungen selbständig und gleichberechtigt bewegen.
25
 - 26 • Alle Wohn- und Unterstützungsformen, die eine selbstbestimmte
27 Lebensführung und Inklusion in die Gemeinschaft ermöglichen wie Arbeitgeber-
28 und Assistenzmodell, Versorgung im Viertel und betreute Wohngruppen und
29 Wohngemeinschaften, sind auszubauen. Die Dominanz großer
30 Sondereinrichtungen muss zurückgedrängt werden.
31
 - 32 • Bund und Land fordern wir auf, Inklusion ebenfalls als Querschnittsaufgabe
33 anzunehmen. Denn mit der Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland
34 verpflichtet, umfassend Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen herzustellen.
35 Dies gilt z.B. für sämtliche Gebäude, Straßen, Transportmittel sowie für
36 Einrichtungen, Schulen, Wohnhäuser, medizinische Einrichtungen,
37 Arbeitsstätten, Informations-, Kommunikations- und andere Dienste
38 einschließlich elektronischer Dienste und Notdienste.
39
 - 40 • Speziell die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, die politischen und
41 gesetzgeberischen Grundsatzentscheidungen zugunsten von inklusiver Bildung
42 zu treffen. Alle Gesetze und Verordnungen werden mit dem Ziel überprüft, die
43 UN-Konvention umzusetzen.
44
 - 45 • Ferner benötigen wir bewusstseinsbildende Maßnahmen, Kampagnen und
46 Schulungen, um den notwendigen Einstellungs- und Perspektivwandel zu
47 befördern. Ein solcher Wandel hin zu einem inklusiven, insbesondere
48 barrierefreien Gemeinwesen benötigt Zeit, ist aber ein Gewinn für alle
49 Menschen, mit und ohne Behinderungen.
50

51 **Kinder, Jugendliche und Familien in den Mittelpunkt stellen**

52

1 Familie ist überall dort, wo Kinder sind. Ganz gleich, ob die Eltern mit oder ohne
2 Trauschein leben, ob sie ihre Kinder allein oder gemeinsam erziehen, ob sie homo- oder
3 heterosexuell sind, ob sie deutscher oder nichtdeutscher Herkunft sind. München ist
4 eine kinder- und familienfreundliche Stadt. Die Angebote der Kinderbetreuung als
5 wichtigster Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurden in den letzten
6 Jahren erheblich ausgebaut. Zusammen mit der Entwicklung und Professionalisierung
7 alternativer Betreuungsformen wie Großtagespflege, Eltern-Kind-Initiativen etc.
8 erreicht München auch für Kinder von 1 bis 3 Jahren mit fast 70% einen annähernd
9 doppelt so hohen Versorgungsgrad wie ursprünglich vom Bundesgesetzgeber
10 angenommen.

11
12 München ist eine kinder- und familienfreundliche Stadt, in der junge Menschen als
13 eigenständige Personen im Mittelpunkt unseres Handelns stehen, die
14 Erziehungskompetenz der Eltern durch besondere Förderangebote gestärkt sowie
15 Kindern und Jugendlichen ein hohes Maß an eigenverantwortlichem Handeln und an
16 Einfluss auf das Geschehen in unserer Stadt eingeräumt wird. Allen Kindern und
17 Jugendlichen sollen in seelischer und körperlicher Unversehrtheit aufwachsen können.
18 Zur Erreichung dieses Ziels setzt die Stadt auf vielfältige Maßnahmen zur Prävention
19 von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, Mädchen und Buben, wie Information und
20 Beratung von Eltern und Gewaltbetroffenen, Qualifizierung und Sensibilisierung der
21 Beschäftigten in Erziehungsberufen, in sozialen Diensten im Gesundheitsbereich,
22 Schutzeinrichtungen für Kinder und Jugendliche. Dieses Angebot muss weiter
23 verbessert und ausgebaut werden.

24 Häusliche Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder ist nach wie vor nicht nur in München
25 ein gravierendes gesellschaftliches Problem. Zwei Frauenhäuser sind deshalb ein
26 wichtiger Teil der sozialen Infrastruktur in München. Sie bieten seit über 30 Jahren
27 Frauen und Kindern Schutz und eine ganzheitliche Unterstützung.
28 Räume und Freiräume speziell für Familien, Kinder und Jugendliche für Wohnen und
29 Freizeit müssen erhalten und geschaffen werden, gerade auch in den großen
30 Neubaugebieten wie Riem und Freiam. Denn wo sich heute kleine Kinder tummeln,
31 benötigen in zehn bis 15 Jahren Jugendliche Freiräume, in denen sie
32 eigenverantwortlich und auch ohne sozialpädagogische Unterstützung ihre Freizeit
33 gestalten können.

34
35 Kinder- und Jugendliche haben unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ein Recht auf
36 ökonomische, soziale, politische und kulturelle Teilhabe. Das schließt das Recht auf
37 Selbstbildung und Selbstgestaltung mit ein, dadurch werden Kinder und Jugendliche
38 als Subjekt ihres eigenen Lebens unverzichtbare Teile eines sozialen und politischen
39 Lebens. Deshalb entsteht für alle gesellschaftlichen Institutionen die Aufgabe, sie
40 darin zu unterstützen und ihnen Verwirklichungschancen für ein gutes Leben zu
41 sichern.

42
43 Mit der Münchner Förderformel und einem jährlichen Beitrag von 50 Mio. Euro hat die
44 sozialdemokratisch regierte Stadt ein ganz entscheidendes Instrument zur Förderung
45 von mehr Bildungsgerechtigkeit für Klein- und Vorschulkinder in Stadtteilen mit
46 überdurchschnittlich vielen sozial benachteiligten Familien geschaffen. Darüber hinaus
47 gibt es in München zahlreiche freiwillige Leistungen für Kinder und junge Menschen,
48 anders als in Bayern schon seit vielen Jahren Ganztagsangebote und Sozialarbeit an
49 Schulen.

50
51 Partizipation und Eigenverantwortung werden in der verbandlichen und offenen
52 Kinder- und Jugendarbeit in München großgeschrieben. Allein im Kreisjugendring

- 1 München-Stadt, als der Dachorganisation der Münchner Jugendverbände, sind über 60
2 Jugendverbände und -initiativen organisiert, denen über 200.000 junge
3 Münchnerinnen und Münchner angehören. Sie mischen sich in vielfältigste Belange der
4 Kommunalpolitik ein und werden von den städtischen Entscheidungsträger/innen
5 auch entsprechend angehört. Mit unserem umfassenden Netz an Einrichtungen der
6 Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die über das gesamte Stadtgebiet verteilt sind,
7 erreichen wir besonders auch Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten
8 Familien sowie Migrantinnen und Migranten. Hier finden sie und ihre Freunde ein
9 vielfältiges Angebot an kulturellen, sportlichen und sonstigen Freizeitangeboten.
- 10
- 11 • Wir wollen die familienfreundlichste Stadt in Deutschland werden. Um dieses
12 Ziel zu erreichen wollen wir mit Verbänden, Kirchen und anderen
13 Organisationen einer gemeinwesenorientierten Zivilgesellschaft Kinder,
14 Jugendliche und Familien in den Mittelpunkt stellen. Dabei werden wir die
15 Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und den
16 Jugendverbänden in München, als unverzichtbaren Partnern im Bemühen um
17 eine soziale und gerechte Stadtgesellschaft, ausbauen. Dazu gehört auch der
18 ganzheitliche Blick auf Angebote der Jugend- und Familienhilfe.
19
 - 20 • Kindern und Jugendlichen steht in München ein geschlechtsdifferenziertes
21 Hilfesystem zur Verfügung, das zur Inanspruchnahme ermutigt, Wege aus
22 Gewaltbeziehungen unterstützt und Schutz vor Männergewalt bietet; soziale
23 und Gesundheitsdienste, städtische Dienststellen und Einrichtungen, sowie
24 Projekte autonomer und freier Träger sind Teil dieses Hilfesystems. Mit
25 staatlichen Stellen bestehen enge Kooperationen.
26
 - 27 • Unser gutes Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen wollen wir weiter
28 ausbauen, den Zugang erleichtern und entbürokratisieren. Die
29 Kindertageseinrichtungen sollen zu niederschweligen, integrierten
30 Familienzentren weiterentwickelt werden, die nicht nur Kinder mit hoher
31 Qualität betreuen, sondern die Erziehungskompetenzen der Eltern stärken die
32 ganze Familie bei der Bewältigung ihres Lebens unterstützen. Dafür fordern wir
33 die entsprechenden gesetzlichen Änderungen ein.
34
 - 35 • Das von der Bundesregierung eingeführte Betreuungsgeld wollen wir wieder
36 abschaffen. Die Finanzmittel sollen zum Ausbau von
37 Kinderbildungseinrichtungen und zur Finanzierung der Kostenfreiheit der
38 Bildungseinrichtungen verwendet werden.
39
 - 40 • Um Kinderarmut zu verhindern, fordern wir eine gesetzliche Grundsicherung für
41 alle Kinder ein. Familien mit niedrigem Einkommen sollen besser gefördert
42 werden, deshalb unterstützen wir ein nach Einkommen gestaffeltes und somit
43 faires Kindergeld. Damit soll verhindert werden, dass Alleinerziehende und
44 Familien, die arbeiten, aufgrund des Bedarfes ihrer Kinder Sozialhilfe
45 beantragen müssen.
46
 - 47 • Wir wollen die demokratische Beteiligung von jungen Menschen fördern und
48 unterstützen die Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen von 18 auf 16
49 Jahre.
50
 - 51 • Die Ganztagsangebote während der Schule sind unter Einbeziehung der
52 Jugendhilfe kreativ und kindgerecht zu gestalten. Dazu gehört auch, dass die

1 personelle pädagogische Ausstattung von Schulen ergänzt wird: Lehrerinnen
2 und Lehrern sollen bedarfsgerecht Sozialarbeiter/innen im Klassenverbund bzw.
3 Lerngruppen beigeordnet werden, um auf Schüler/innen mit besonderem
4 Förderbedarf besser eingehen zu können und Inklusion von jungen Menschen
5 mit Behinderungen an den Schulen ein gutes Stück weiter zu verwirklichen.
6

- 7 • Die Münchner SPD wird verlässliche ganztägige und finanzierbare
8 Ferienangebote für alle Kinder und Jugendlichen weiter ausbauen, um auch in
9 den Ferien eine wertvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen und berufstätige
10 Eltern finanziell und bei der Betreuung zu entlasten.
11
- 12 • Nicht länger darf die Herkunft eines Kindes über seine Chancen im bayerischen
13 Bildungssystem entscheiden. Dass Kinder mit Migrationshintergrund
14 zweieinhalbmal so häufig an die Mittelschule gehen wie jene aus deutschen
15 Familien, dass nur ein Viertel dieser Kinder das Abitur schafft, dass die unnötig
16 frühe Selektion diese Benachteiligung befördert, daran muss der Freistaat
17 Bayern etwas ändern, daran wollen wir etwas ändern!
18
- 19 • München ist bundesweit der größte kommunale Schulträger (Realschulen,
20 Gymnasien, Berufsschulen). Dies begreifen wir als Chance, aber auch als
21 Verpflichtung, durch Schaffung neuer Modellschulprojekte unsere zentralen
22 bildungspolitischen Ziele selbst zu realisieren.
23
- 24 • Am Ende der Schulzeit im Übergang in Ausbildung, Beruf oder Studium sind die
25 vorhandenen Unterstützungsangebote ganzheitlich und aus Sicht der
26 Betroffenen leicht erreichbar und verständlich zu organisieren.
27
- 28 • Wir werden uns mit aller Kraft für bessere Rahmenbedingungen in den
29 Kindertagesstätten durch eine Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und
30 Betreuungsgesetzes einsetzen. Der Anstellungsschlüssel soll schrittweise auf 1
31 zu 8 gesenkt werden.
32
- 33 • Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, fordern wir eine Verbesserung der
34 Bezahlung und der Arbeitsbedingungen. Außerdem ist die Ausbildung der
35 Erzieherinnen und Erzieher zu reformieren mit dem Ziel, sie akademisch
36 aufzuwerten und ohne Qualitätsverlust zu verkürzen.
37
- 38 • Bei der Entwicklung von Neubaugebieten werden wir weiterhin die speziellen
39 Bedürfnisse von Familien, Kindern und Jugendlichen besonders berücksichtigt.
40 Dazu gehört die Schaffung von Räumen und Freiräumen für Freizeitgestaltung
41 ebenso wie ausreichend großer und bezahlbarer Wohnraum für größere
42 Familien.
43

44 **In Würde und Selbstbestimmung alt werden**

45
46 Alter ist nicht gleichbedeutend mit Behinderung oder Pflegebedürftigkeit. Die
47 überwiegende Zahl der Münchner Seniorinnen und Senioren ist mobil, nimmt am
48 gesellschaftlichen und kulturellen Leben in der Stadt teil und unterstützt in vielfältiger
49 Weise die nachwachsenden Generationen. Dabei gerät nicht aus dem Blick, dass das
50 Alter auch Einsamkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit beinhalten kann. Kommunale
51 Altenpolitik muss dieser Vielfalt des Lebens im Alter mit ihren Angeboten und Diensten
52 Rechnung tragen, damit alle Münchnerinnen und Münchner, unabhängig von Rente

1 und Vermögen, aber auch von kultureller Herkunft, in Würde und Selbstbestimmung
2 alt werden können. Die Münchner SPD ist stolz darauf, dass die Landeshauptstadt seit
3 über 30 Jahren eine aktive kommunale Seniorenpolitik betreibt, die weit über
4 gesetzlich vorgegebene Maßnahmen und Rahmenbedingungen hinausgeht. So werden
5 freiwillig höhere Leistungen an ältere und pflegebedürftige Menschen gezahlt als vom
6 Gesetzgeber verlangt. Gemeinsam mit den Partnern der freien Wohlfahrtspflege hat
7 die Stadt ein vielfältiges und flächendeckendes Netz von Angeboten und Hilfen
8 geschaffen, das Isolation und Vereinsamung älterer Menschen aktiv entgegenwirkt,
9 darunter 32 Alten- und Service-Zentren. Und anders als der Freistaat Bayern fördert die
10 Stadt mit jährlich mehreren Millionen Euro weiterhin Investitionen in ambulante und
11 stationäre Pflegeeinrichtungen, um so eine qualitätsvolle Versorgung sicher zu stellen.

12
13 Aufgrund des demografischen Wandels sind immer mehr Menschen pflegebedürftig.
14 Die meisten von ihnen werden von Familien gepflegt und zwar zu 64% von Frauen. Die
15 große Herausforderung für die Angehörigen von Pflegebedürftigen hat längst die
16 Familien erreicht. Die Doppel manchmal Dreifachbelastung der Betroffenen führt oft
17 zu Ausfällen, die weder der Einzelne noch die Gesellschaft verkraften kann. Es ist
18 wichtig, dass Frauen und Männer trotz der Pflege von Angehörigen im Arbeitsprozess
19 bleiben und nicht dauerhaft aussteigen müssen. Deshalb ist es dringend erforderlich,
20 dass wir Angehörige von Pflegebedürftigen besser dabei unterstützen, Beruf, Pflege
21 und Sorgearbeit zu vereinbaren.

22
23 Die Zahl der Hochbetagten in München wird in den nächsten Jahren um knapp 40 %
24 steigen. Damit steigt auch die Zahl der Pflegebedürftigen und Demenzkranken.
25 Gleichzeitig ist auch in München und im Umland ein besorgniserregender Mangel an
26 Pflegefachkräften festzustellen. Auch die Finanzierung des Lebensrisikos Pflege wird
27 für viele Menschen immer schwieriger.

- 28
- 29 • Deshalb fordert die Münchner SPD eine Stärkung der gesetzlichen Rente sowie
30 einen menschenwürdigen und bedarfsgerechten Regelsatz in der
31 Grundsicherung um Altersarmut zu verhindern und abzubauen.
32
 - 33 • Der Ausbau der Pflegeversicherung zu einer solidarischen Vollversicherung, die
34 das Lebensrisiko Pflegebedürftigkeit verlässlich absichert, muss schrittweise
35 eingeführt werden. Eine solidarische finanzierte Vollversicherung Pflege ist die
36 bessere Alternative zur derzeitigen „Teilkaskoversicherung“ Pflege.
37
 - 38 • Wir wollen den bedarfsgerechten Ausbau der pflegerischen und
39 hauswirtschaftlichen Versorgung durch ambulante Dienste,
40 Wohngemeinschaften, teilstationäre Angebote wie Tagespflege und
41 Nachtbetreuung, durch Kurzzeitpflege und vollstationäre Pflege weiter
42 vorantreiben.
43
 - 44 • Wir wollen pflegenden Angehörigen helfen: Mit einer flexiblen Pflegezeit, die
45 mit Rechtsanspruch auf Job-Rückkehr und Lohnersatzleistung ausgestattet ist,
46 wollen wir Angehörigen helfen, die Pflegesituation zu gestalten. Dazu gehören
47 auch der Ausbau der Pflegeberatung, sowie bessere Pflegeleistungen und
48 bezahlbare Dienstleistungen im Haushalt, die die Vereinbarkeit von Pflege und
49 Beruf weiter voranbringen. Unser Ziel ist es, die bedarfsgerechte umfassende
50 Versorgung der Altershaushalte aufzubauen.
51

- 1 • Wir brauchen flächendeckende Angebote zur gesundheitlichen Prävention und
2 deren Finanzierung als Krankenkassenleistung, mit dem Ziel, die Selbständigkeit
3 und Lebensqualität älterer Menschen zu erhalten.
4
- 5 • Die pflegerische Versorgung und die Altersmedizin müssen in Forschung, Lehre
6 und Praxis einen deutlich höheren Stellenwert erhalten. Deshalb soll an der LMU
7 in München eine Fakultät für Pflegewissenschaften eingerichtet werden.
8
- 9 • Die Münchner Pflegeheime sollen interkulturell geöffnet werden.
10 Kultursensible Pflege muss zu einer Selbstverständlichkeit werden, damit auch
11 Menschen mit Migrationshintergrund hier ein menschenwürdiges Zuhause für
12 den letzten Lebensabschnitt finden.
13
- 14 • Die Umsetzung einer geschlechtersensiblen Pflege, auch für Menschen mit nicht
15 heterosexuellen Lebensweisen, ist Ziel unserer Bemühungen in der Sozialpolitik.
16
- 17 • Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, ist die Ausbildung gebührenfrei zu
18 gestalten und eine Ausbildungsumlage einzuführen.
19
- 20 • Die älteren Menschen sollen so lange wie möglich in ihrem Lebensumfeld, in
21 ihren Wohnungen bleiben können. Die wohnortnahe Versorgung in München,
22 gestützt auf das Netz der Alten- und Servicezentren und die Kooperation mit der
23 Wohnungswirtschaft und der freien Wohlfahrtspflege, soll deshalb weiter
24 ausgebaut werden. Wir wollen den Ausbau quartierbezogener Wohnprojekte,
25 Wohngemeinschaften und stationärer Pflegeeinrichtungen fördern.
26
- 27 • Wir setzen uns ein für Erleichterungen beim Wohnungstausch. Wenn
28 langjährige Mieterinnen und Mieter der städtischen
29 Wohnungsbaugenossenschaften im Alter in eine kleinere Wohnung umziehen
30 wollen – und damit Wohnraum für Familien freimachen – dürfen ihnen keine
31 Nachteile entstehen, insbesondere hinsichtlich der Miethöhe. Auch das Projekt
32 „Wohnen für Hilfe“ soll weiter unterstützt werden.
33
- 34 • Menschen, die zu Hause oder in einem Hospiz sterben wollen, möchten wir bei
35 diesem letzten Wunsch unterstützen und geben der Förderung von Angeboten
36 zur ambulanten Sterbebegleitung und Hospizen eine hohe Priorität.
37

38 X Angenommen

39 O Abgelehnt

40 O Verwiesen an: _____

41

1 Antragsteller(innen): AK Sozialpolitik

2

3 **Teilhabe von Migrantinnen und Migranten ermöglichen –** 4 **Vielfalt in München leben!**

5

6 In München liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei fast 40%. Bei
7 Kindern und Jugendlichen mittlerweile bei über 50%.

8 München ist damit die Stadt der Vielfalt! Wir sehen dies als Chance und Bereicherung.

9 Das Miteinander in dieser Stadt gelingt uns vorbildlich und Migration ist für uns ein
10 Gewinn. Für die SPD München ist das Thema Integration ein Zukunftsthema und wir
11 sind im bundesweiten Vergleich ein Vorreiter dafür, wie Vielfalt gelebt wird!

12

13 Es ist aber nicht einfach, dass sich alle, die zuwandern, München auch „leisten“
14 können! Aus diesem Grund sind unsere eingesetzten Instrumente in der Sozialpolitik
15 für die Menschen mit Migrationshintergrund und ein gelungenes Miteinander aller
16 Kulturen sehr wichtig.

17

18 Die Stadt München hat sich dieser Herausforderung schon früh angenommen, indem
19 sie das Integrationskonzept mit der regelmäßigen Integrationsberichterstattung
20 aufgelegt hat. Durch die detaillierte Berichterstattung anhand von Dimensionen und
21 Handlungsfeldern bietet es ein geeignetes Instrument, auf die Herausforderungen zu
22 reagieren, frühzeitig Entwicklungen erkennen zu können und entsprechend darauf
23 reagieren zu können.

24

25 Die SPD München setzt sich für die Belange der Menschen mit ausländischer Herkunft
26 ein und vertritt dies auch in ihrem politischen Handeln!

27

28 • Wir stehen hinter dem Münchner Integrationskonzept und nehmen die
29 Erkenntnisse der Integrationsberichterstattung Ernst und setzen deren
30 Forderungen um!

31

32 • Die Stelle für interkulturelle Arbeit, der Ausländerbeirat und die
33 Antidiskriminierungsstelle AMIGRA sind für uns wichtige städtische
34 Institutionen, die sich für die Partizipation und Teilhabe von Migrantinnen und
35 Migranten in München einsetzen!

36

37 • Wir setzen die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung weiter konsequent
38 um und achten auf die Erhöhung des Anteils von Menschen mit
39 Migrationshintergrund unter den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
40 in der Stadtverwaltung.

41

42 • Für Migrantinnen und Migranten ist es sehr wichtig schnell Deutsch zu lernen.
43 Die Stadt München finanziert ergänzende Deutschkurse und bietet weiter
44 schulergänzende Maßnahmen und Sprachförderung an. Dies sehen wir als
45 wichtige Schlüssel, um einen guten Schulabschluss zu erreichen und besser in
46 den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Auch die frühkindliche Sprachförderung
47 und der Vorkurs Deutsch sind dabei wichtige Eckpfeiler für einen gelungenen
48 Einstieg in die Schule.

49

50 • Die Stadt München fördert Projekte, wie die Servicestelle zur Anerkennung von
51 ausländischen Abschlüssen und Kurse zum Nachholen von Schulabschlüssen,

- 1 aus deren Finanzierung sich der Freistaat Bayern vollkommen zurückgezogen
2 hat.
3
- 4 • Die Stadt München setzt auch weiterhin ihre Instrumente zur Umsetzung von
5 Armutsbekämpfung und Chancengleichheit ein, da oftmals gerade
6 Migrant_innenfamilien davon betroffen sind. Gute Beispiele hierfür sind die
7 Münchener Förderformel in der Kinderbetreuung und die bedarfsorientierte
8 Budgetierung im schulischen Bereich.
9
 - 10 • Migration wird älter! Viele Migrantinnen und Migranten bleiben auch im Alter
11 in München. Wir brauchen Konzepte zur interkulturellen Öffnung von
12 Pflegeheimen und Alten-Service-Zentren und dort migrationsspezifische
13 Angebote, sowie entsprechende Schulungen für das Personal. Entsprechende
14 Konzepte werden gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und Anbietern
15 erarbeitet.
16
 - 17 • Menschen die dauerhaft in München leben, sollen auch politisch mitbestimmen
18 können! Wir sprechen uns für ein kommunales Wahlrecht für Menschen mit
19 ausländischem Pass und die doppelte Staatsbürgerschaft aus!
20
 - 21 • Wir unterstützen und fördern die Kultur, die von Migrantinnen und Migranten
22 hierher mitgebracht wird und erkennen diese an!
23
 - 24 • Die Partizipation und Teilhabe von Migrantinnen und Migranten wird gefördert,
25 unterstützt und findet einen Platz in unserer Gesellschaft. Gerade
26 Migrant_innenselbstorganisationen sind eine wichtige Anlaufstelle für
27 Menschen in einem neuen Land. Wir erkennen diese an, unterstützen sie bei
28 ihrer Arbeit und ermöglichen Zugänge zu und Verzahnung mit deutschen
29 Institutionen und Initiativen!
30
 - 31 • Die SPD München setzt sich dafür ein, dass in einer toleranten und weltoffenen
32 Stadt alle Religionen einen festen Platz in unserer Gesellschaft haben!
33
 - 34 • München ist eine tolerante Stadtgesellschaft! Wir setzen uns dafür ein und
35 machen deutlich, dass München bunt ist und wir rechtsextremes Gedankengut
36 bekämpfen!
37

38 X Angenommen

39 O Abgelehnt

40 O Verwiesen an: _____

41

1 Antragsteller(innen): AK Sozialpolitik
2
3

4 **Mehr Verteilungsgerechtigkeit erreichen**

5
6 Die schwere Wirtschafts- und Bankenkrise begleitet das aktuelle Politikgeschehen.
7 Einerseits treten massive Krisenentwicklungen in einzelnen Ländern auf (z.B. Zypern),
8 andererseits scheinen sich die Wirtschaftsentwicklung und die Arbeitsmarktzahlen im
9 positiven Bereich zu entwickeln (Bundesrepublik Deutschland).

10
11 Letzte, positive Tendenzen wurden mit erheblichen Absicherungen von
12 Finanzinstituten des Staates erreicht; letztlich aus Steuergeldern finanzierten Mitteln.
13 Dabei zeigt sich wieder ein Trend der letzten Jahre:

- 14 • Mit Steuermitteln wird das Anlagerisiko von Banken und Versicherungen
15 minimiert! Profiteure sind die Vermögensbesitzer. Zahlen müssen die Bezieher
16 von kleinen und mittleren Einkommen.
- 17 • Letztlich führt dies zu einer Absicherung großer, auch privater Kapitalanleger.

18
19 Es ist die Gier nach einem schnellen Profit. In einem System international geprägter
20 Finanzmärkte scheint dies alternativlos. Um im internationalen Wettbewerb bestehen
21 zu können, wird eine Politik der Deregulierung der Märkte, der Privatisierung
22 öffentlichen Eigentums und der Einschränkung von Arbeitnehmerrechten verfolgt. Die
23 handelnden Akteure setzen ihre finanziellen Interessen völlig skrupellos durch. Eine
24 kritische Diskussion beispielsweise der Finanzwirtschaft findet sich vergeblich.
25 Gesellschaftliche Werte oder das Verfolgen eines Konzeptes der sozialen
26 Marktwirtschaft kennen die Akteure der Finanzmärkte nicht. Eine dringend
27 notwendige international orientierte Regulierung der Finanzmärkte wird massiv
28 blockiert.

29
30 In Deutschland trägt auch dies dazu bei, dass sich die Einkommensverteilung
31 verschiebt. Während im Jahr 2000 rund 17,8 Prozent der Bevölkerung zur Unterschicht
32 gehörten, waren es im Jahr 2008 20,3 Prozent. Gleichzeitig sank der Anteil der
33 Mittelschicht von 66,5 Prozent auf 60,9 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg aber der
34 Anteil der Oberschicht (mehr als 150 Prozent des mittleren Einkommens) von 15,6
35 Prozent auf 18,8 Prozent der Gesamtbevölkerung.

36
37 Einer Studie der Bertelsmannstiftung aus dem Jahr 2012 zufolge lag der Anteil der
38 Mittelschicht gegen Mitte der 90er Jahre noch bei 65 Prozent und hat sich bis 2010
39 nahezu kontinuierlich auf 58 Prozent reduziert. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass
40 bei einem Abstieg einer Person aus der Mittelschicht es heute schwerer ist, wieder in
41 diese aufzusteigen. Während es einigen gelingt, aus der Mittelschicht in die
42 Oberschicht aufzusteigen (s.o.), zeigt sich ein Aufstieg aus der Unterschicht in die
43 Mittelschicht zunehmend weniger. Im Ergebnis wird die gesellschaftliche Spaltung so
44 zementiert.

45
46 Schließlich ist nicht nur die Einkommensverteilung kritisch zu sehen, sondern auch die
47 Vermögensverteilung. So besitzen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung 66,6
48 Prozent des Privatvermögens. Die ärmsten 50 Prozent der Bevölkerung besitzen
49 dagegen lediglich 1,4 Prozent des Privatvermögens.

50
51 Notwendig ist jetzt ein neuer Gesellschaftsvertrag. Die SPD muss in einem breiten
52 Bündnis mit sozialen und gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere den

1 Gewerkschaften, einen umfassenden politischen Konsens für eine neue
2 Verteilungsgerechtigkeit erreichen. Dieses Bündnis muss national und international
3 ausgerichtet sein. Allein mit parlamentarischen Mehrheiten lässt sich die Tendenz der
4 massiven Umverteilung von Arm zu Reich nicht stoppen und erstrebt nicht umkehren.
5 Es gilt die Mittelschicht zu stärken und die Bevölkerung mit geringem Einkommen in
6 der Vermögensbildung zu unterstützen.

7

8 Kernpunkte dieses Konsenses müssen sein:

- 9 • die Einführung eines Mindestlohns
- 10 • die Sicherung der gesetzlichen Renten
- 11 • die gerechte Verteilung der Einkommen von Frauen und Männern
- 12 • die Erhöhung der Steuern auf hohe Einkommen bei gleichzeitigen massiven
13 Bekämpfung des Steuerbetruges
- 14 • die Einführung einer Vermögensabgabe
- 15 • die Einführung einer Bürgerversicherung
- 16 • die Zügelung des Finanzsektors (Stichwort: Finanzmarktregulierung)
- 17 • die Stärkung der Verbraucherrechte bei Finanzprodukten (z.B. Versicherungen,
18 private Renten)
- 19 • das Verständnis, dass die dringend notwendige Regulierung des internationalen
20 Wirtschaftssystems nicht national entschieden wird
- 21 • die internationale Stärkung von sozialen und Arbeitnehmerrechten
- 22 • die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Sozialversicherungssysteme

23

24 Gerechtigkeit bedeutet eine auf den Leistungen des Einzelnen ausgerichtete
25 Einkommensentwicklung, die dem gesellschaftlichen oder volkswirtschaftlichen
26 Nutzen entspricht. Dazu gehört, dass abhängig Beschäftigte eine ihren Kenntnissen
27 und Fähigkeiten entsprechende Entlohnung erhalten und Spitzengehältern
28 beispielsweise von mehr als einer halben Million Euro im Jahr stark steuerlich
29 abgeschöpft werden. Es bleibt Angelegenheit der Gewerkschaften, für angemessene
30 Vergütungen der abhängig Beschäftigten zu sorgen. Es ist aber auch Angelegenheit der
31 SPD, durch nationale und internationale Rahmenbedingungen die Gewerkschaften in
32 die Lage zu versetzen, dieses auch durchzusetzen.

33

34 Die Entwicklung von Vermögen in den Händen weniger gilt es mit einer
35 Vermögensabgabe entgegen zu treten. Gleichzeitig ist die Schaffung von
36 „Kleinvermögen“ in den Händen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wie auch
37 von Selbstständigen mit entsprechenden Einkommen durch eine Vermögenszulage
38 eine langfristige Möglichkeit der Vermögensumverteilung. Die SPD darf sich nicht
39 scheuen, dies offensiv anzugehen.

40

41 X Angenommen

42 O Abgelehnt

43 O Verwiesen an: _____

44

1 Antragsteller(innen): AK Sozialpolitik
2
3

4 **Flüchtlingspolitik**

5

6 „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren“. Deutlicher hätte
7 das Bundesverfassungsgericht nicht zum Ausdruck bringen können, dass auch
8 Flüchtlingen das Menschenrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen
9 Existenzminimums zusteht. Dies umfasst sowohl die physische Existenz des Menschen
10 als auch die Sicherung der Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen
11 und ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen
12 Leben. Die Einhaltung dieser Rechte zu gewährleisten, ist eine Verpflichtung aller
13 öffentlichen Stellen und gesellschaftlichen Kräfte.

14
15 Die Bayerische Staatsregierung versucht immer wieder Menschen, die sich gestattet
16 oder geduldet hier aufhalten, von der gesellschaftlichen Teilhabe auszuschließen. Dies
17 schürt Vorurteile gegenüber den Flüchtlingen, verhindert ein Miteinander und stört
18 den sozialen Frieden. München hat demgegenüber immer darauf Wert gelegt,
19 Flüchtlingen für die Zeit ihres Aufenthaltes in der Stadt ein menschenwürdiges Leben
20 und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die vom Freistaat erlassenen und von
21 der CSU zu verantwortenden Regelungen haben hierfür allerdings enge Grenzen
22 gesetzt.

23
24 Mit der Rücknahme der Vorbehalte zur Kinderrechtskonvention der Vereinten
25 Nationen erkannte die Bundesregierung im Juli 2010 die besondere Schutzbedürftigkeit
26 aller minderjährigen Flüchtlinge an. De facto werden Flüchtlinge ab dem 16. Lebensjahr
27 jedoch immer noch wie Erwachsene behandelt – ein klarer Bruch der Konvention.

28
29 Zur Durchsetzung ungeschmälerter Menschenrechte auch für Flüchtlinge fordert die
30 Münchner SPD:

- 31 • Alle Flüchtlinge müssen zeitnah einen kostenlosen Zugang zu Rechtsberatung
32 bekommen, um ein faires aufenthaltsrechtliches Verfahren zu gewährleisten.
- 33 • Das entmündigende Sachleistungsprinzip in der Versorgung mit Lebensmitteln
34 und Kleidung muss abgeschafft werden.
- 35 • Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften ist bestenfalls in den ersten
36 Monaten nach der Aufnahme zu rechtfertigen. Für Minderjährige, Kranke und
37 schwer Traumatisierte ist der Aufenthalt dort besonders schädlich und
38 unzumutbar. Daher sollen diese Menschen außerhalb von
39 Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden.
- 40 • Schwer belastende Erlebnisse vor und auf der Flucht lösen häufig psychische
41 Störungsbilder wie Anpassungsstörungen, Angststörungen, posttraumatische
42 Belastungsstörungen und Depressionen aus. Die Behandlung dieser
43 gesundheitlichen Probleme muss gefördert werden, ggf. auch unter
44 Zuhilfenahme von Dolmetschern.
- 45 • Notwendige medizinische Behandlungen und Verordnungen dürfen nicht bloß
46 deshalb verzögert oder verweigert werden, weil kein akuter oder
47 lebensbedrohlicher Zustand therapiert werden soll.
- 48 • Sprache ist für die Integration und für das Bestehen im Alltag unabdingbar. Alle
49 Flüchtlinge müssen Zugang zu kostenlosen Deutschkursen bekommen. Auch die
50 Fahrtkosten müssen übernommen werden.

- 1 • Alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF) müssen unmittelbar nach
2 ihrer Einreise in Jugendhilfeeinrichtung untergebracht werden. Dies gilt explizit
3 auch für Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr, weil diese jungen Menschen
4 besonderen Schutz und Fürsorge brauchen. Dies gebietet neben der
5 Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen schon § 42 SGB VIII. Eine
6 Unterbringung in einer „sonstigen geeigneten Einrichtung“ wie der
7 Bayernkaserne, wo momentan 190 UMFs untergebracht sind, ist daher
8 rechtswidrig und gefährdet das Kindeswohl Alle öffentlichen örtlichen Träger
9 der Jugendhilfe, also Jugendämter von Landkreisen und kreisfreien Städten,
10 dürfen dieses rechtswidrige Handeln der Bayerischen Staatsregierung nicht
11 länger akzeptieren, sondern müssen konsequent auch 17- und 18-jährige UMFs
12 in ihren Jugendhilfeeinrichtungen versorgen.
- 13 • Hinsichtlich der gebotenen Verteilung von UMFs auf Jugendhilfeeinrichtungen
14 muss das Bayerische Sozialministerium endlich die Einhaltung des sog.
15 Königsteiner Schlüssels (Verteilungsschlüssel für Zuwanderer auf die
16 Bundesländer nach Steueraufkommen und Bevölkerungszahl, ursprünglich in
17 einem Staatsabkommen der Länder über die Finanzierung wissenschaftlicher
18 Forschungseinrichtungen im Jahr 1949 vereinbart) überwachen und
19 durchsetzen. Es kann nicht sein, dass Landkreise und Mittelstädte in Bayern die
20 Aufnahme von UMFs aus Erstaufnahmeeinrichtungen von Großstädten wie
21 München und Nürnberg in ihren Jugendhilfeeinrichtungen ohne Konsequenzen
22 seitens der Rechtsaufsichtsbehörden verweigern können. Hier betreibt die
23 Bayerische Staatsregierung Parteipolitik auf dem Rücken der UMFs!
- 24 • Damit UMF sich hier angstfrei stabilisieren und orientieren können, sollen alle
25 gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden und ihnen nach Möglichkeit
26 ein zweijähriges Aufenthaltsrecht erteilt werden, ohne dass sie sich einem
27 Asylverfahren unterziehen müssen.
- 28 • Jeder Jugendliche muss die Gelegenheit bekommen, einen hier anerkannten
29 Schulabschluss zu erwerben. Die derzeitige Regelung, dass junge Flüchtlinge ab
30 einem Einreisealter von knapp sechzehn Jahren nicht in die Regelschule
31 aufgenommen werden dürfen, ist diskriminierend und kurzsichtig und muss
32 ersatzlos gestrichen werden.
- 33 • Das System der Übergangsklassen muss evaluiert und gegebenenfalls
34 abgeschafft und durch geeignetere schulische Integrationsmaßnahmen ersetzt
35 werden.
- 36 • Alle Jugendlichen müssen gemäß ihren Fähigkeiten gefördert werden. Derzeit
37 ist für junge Flüchtlinge auch bei hoher Intelligenz und Motivation der Zugang
38 zu weiterführenden Schulen stark erschwert. Das Jugendamt drängt darauf,
39 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge möglichst schnell in eine berufliche
40 Ausbildung zu bringen, so dass die Jugendlichen früher unabhängig von
41 Leistungen werden. Gut qualifizierte junge Menschen werden in Deutschland
42 und in den Heimatländern dringend gebraucht.

44 X Angenommen

45 O Abgelehnt

46 O Verwiesen an: _____

1 Antragsteller(innen): AK Sozialpolitik
2
3

4 **Private Altersvorsorge besser regulieren –** 5 **„Finanz-TÜV“ einführen**

6
7 Am 24. November 2012 hat der Parteikonvent grundsätzliche Festlegungen zur
8 Rentenpolitik der SPD getroffen. Schließlich hatte die SPD in ihrer
9 Regierungsverantwortung permanente Versuche von CDU und FDP zur Abschaffung
10 der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente abgewehrt. Der völlige Umstieg auf eine
11 privat finanzierte und kapitalgedeckte Altersversorgung konnte verhindert werden.
12

13 Es steht außer Frage: Die Zahl der sozialversicherten Beschäftigten nimmt im Vergleich
14 zu der Anzahl der Menschen im Rentenalter ab. Der Ausbau der privaten Altersvorsorge
15 wurde von der SPD als Ergänzung, nicht jedoch als Ersatz für die gesetzliche Rente
16 gesehen. So soll die Finanzierung der gesetzlichen Rente gesichert und verhindert
17 werden, dass die Belastung der jungen Generation zu groß wird.
18

19 Mit diesen Festlegungen hat die SPD ein Konzept auf den Tisch gelegt, das für einen
20 überschaubaren Zeitraum zentrale Frage der Rentenabsicherung regelt. Gleichwohl
21 wird es auch weiterhin Anpassungen geben müssen. Schließlich ermöglicht eine
22 höhere Erwerbsquote eine bessere finanzielle Ausstattung der
23 Sozialversicherungssysteme während gleichzeitig die derzeitige Kapitalmarktsituation
24 Erträge privat Zusatzsysteme erheblich reduziert. Dies gilt es zu berücksichtigen.
25

26 Die gesetzliche Rente soll weiterhin die zentrale Absicherung für das Alter sein. Die
27 Krise der Finanzmärkte zeigt deutlich, dass dieses umlagegestützte Rentensystem
28 Vorteile gegenüber rein kapitalgestützten Systemen hat. Höhere Beiträge sind im Zuge
29 des demografischen Wandels jedoch nicht zu verhindern. Zusätzliche Leistungen wie
30 z.B. die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten müssen jedoch steuerfinanziert
31 sein.
32

33 Es steht außer Frage, dass für viele die gesetzliche Rente zum Erhalt ihres
34 Lebensstandards nicht ausreichend ist. Menschen mit geringen Einkommen tun sich
35 sehr schwer, hier noch zusätzliche Rücklagen fürs Alter zu bilden. Viele
36 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können dies jedoch und tun dies auch.
37 Entgeltumwandlung, Lebensversicherungen, der Kauf von Immobilien oder die Riester-
38 Verträge sind hierfür Stichworte. Viele dieser Verträge sind jedoch intransparent oder
39 die Versicherungen verlangen überhöhte Abschluss- oder Verwaltungskosten.
40

41 Deshalb fordern wir:

- 42 • Eine Stärkung des Verbraucherschutzes und eine höhere Transparenz für alle
43 Finanzanlageprodukte
- 44 • Die Einführung eines Finanz-TÜVs entsprechend der Forderung des DGB. Er soll
45 Produkte prüfen, zulassen oder ggf. auch verbieten. Eine Ansiedlung bei der
46 Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ist sinnvoll.
- 47 • Die Prüfung, ob unter dem Dach der gesetzlichen Rentenversicherung, als
48 staatliche Institutionen oder auch in Form privatrechtlicher Gesellschaften im
49 Eigentum der öffentlichen Hand sichere Anlagemöglichkeiten für die
50 Altersversorgung geschaffen werden. Die privatrechtlichen Banken oder auch
51 öffentlich rechtliche Banken wie die Landesbanken haben durch ihre bisherige

- 1 Geschäftspolitik die Legitimation hierfür verloren. Das Vertrauen der
2 Bürgerinnen und Bürger in diese rein auf Renditen ausgerichteten
3 Finanzdienstleister ist zu Recht nicht mehr gegeben.
- 4 • Die Ausrichtung der Anlagepolitik für die neben der gesetzlichen Rente
5 zusätzliche Altersversorgung an sozialen Standards und Nachhaltigkeit.
6
- 7 Die Schaffung von Wohnungen kann ebenfalls eine sinnvolle Anlagemöglichkeit neuer
8 öffentlich-rechtlich organisierter Angebote sein. Wohnungseigentum ist darüber
9 hinaus nicht zu Unrecht eine sinnvolle Altersvorsorge. Genossenschaftsmodelle mit
10 entsprechenden Einlagen bieten sich ebenfalls an. Das Münchner Modell für die
11 Finanzierung von Wohnungseigentum bei entsprechenden Einkommensgrenzen, wie
12 auch andere gemeindliche Modelle sind weiter zu entwickeln. Der Staat sollte im
13 Rahmen der Besteuerung oder Bezuschussung unterstützend tätig sein. Es bleibt
14 beispielsweise zu prüfen, ob eine neue Eigenheimzulage der oder steuerfinanzierte
15 Zulagen zur Vermögensbildung geeignete Instrumente sind.
16
- 17 X Angenommen
18 O Abgelehnt
19 O Verwiesen an: _____

1 Antragsteller(innen): AK Sozialpolitik
2 Adressat(innen): SPD-Bundestagsfraktion
3

4 **Statt Solidarrente: Grundsicherung im Alter reformieren**

5
6 Die Bundestagsfraktion der SPD wird gebeten, den mit der Solidarrente gewünschten
7 Effekt, Menschen, die lange sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben, deren Rente
8 aber dennoch nicht zum Leben reicht, ein Auskommen oberhalb des Sozialhilfeniveaus
9 zu ermöglichen, verfahrensmäßig so zu gestalten, dass auch Rentnerinnen und
10 Rentnern in Regionen profitieren, in denen 850 Euro Solidarrente aufgrund der hohen
11 Lebenshaltungskosten immer noch aufzählende Sozialhilfe bedeuten.
12

13 Die Münchner SPD schlägt deshalb eine Reform der Grundsicherung im Alter in den
14 folgenden Punkten vor:
15

- 16 • Rentnerinnen und Rentner dürfen abhängig von der Zahl der Beitragsjahre zur
17 gesetzlichen Rentenversicherung einen Freibetrag ihrer Rente behalten, der
18 nicht in die Bedarfsrechnung der Sozialhilfe (für Kosten der Unterkunft und
19 Regelsatz) einbezogen wird. Dieser Betrag, der sich in der Höhe an der
20 individuellen Einzahlzeit in die gesetzliche Rentenversicherung bemisst, steht
21 den Menschen dann zusätzlich zum Regelsatz zur Verfügung, stellt sie also
22 besser als Gleichaltrige, die weniger oder nie sozialversicherungspflichtig
23 beschäftigt waren.
24
- 25 • Ein analoges Verfahren wird für die Vermögensfreigrenzen vorgeschlagen, die
26 unterschritten sein müssen, um Grundsicherung im Alter beantragen zu
27 können. Sie sollen für Menschen, die lange sozialversicherungspflichtig
28 beschäftigt waren, deutlich angehoben werden.
29
- 30 • Zudem sollen, um die Folgen von Altersarmut spürbar und für alle Betroffenen
31 zu mildern, die Einzelfallhilfen (z.B. für eine neue Waschmaschine oder eine
32 Brille) wieder eingeführt werden.
33

34 Begründung:

35
36 Im Zuge der Diskussion um die Rentenreformvorschläge der SPD gab es viel Kritik,
37 grundsätzlich aber Einigkeit darüber, dass der zunehmenden Altersarmut Reformen
38 entgegengesetzt werden müssen. In München sind inzwischen 12.600 Personen auf
39 Grundsicherung im Alter angewiesen. Eine große Zahl lebt zudem in verdeckter Armut.
40

41 Menschen, die lange Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben,
42 sollen im Alter mehr Geld zur Verfügung haben als jene, die kaum oder gar nicht
43 sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Die Solidarrente nutzt jedoch nur
44 älteren Menschen in Regionen mit niedrigen Mieten. In München genügen 850 Euro
45 einer allein lebenden Person in der Regel nicht zu einem menschenwürdigen Leben – es
46 bestünde noch immer die Notwendigkeit, Sozialhilfe zu beantragen. Die Solidarrente
47 (und auch die Zuschussrente) ist ungerecht, weil sie Menschen mit formal identischen
48 Erwerbsbiographien abhängig von ihrem Wohnort mal ein Leben deutlich oberhalb, ein
49 andermal spürbar unterhalb des Grundsicherungsniveaus ermöglicht bzw. aufzwingt.
50 Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland und Gerechtigkeit für
51 Rentnerinnen und Rentner, die lange für zu niedrige Löhne gearbeitet haben, sind so
52 nicht zu erreichen.

- 1
2 Deshalb ist das oben vorgeschlagene Verfahren ein Weg, die Situation vieler alter
3 Menschen, unabhängig von ihrem Wohnort, schnell und spürbar zu verbessern. Es
4 wäre kein Spezialgesetz für München oder andere Städte mit hohen Mieten – die
5 Reform der Grundsicherung im Alter auf diesem Wege kann mit einem einzigen
6 Mechanismus (dem Freibetrag) dafür sorgen, dass Menschen mit gleichen
7 Erwerbsbiographien und niedrigen Renten im Alter nach Abzug der Miete und der
8 Nebenkosten auch den gleichen Betrag zum Leben zur Verfügung haben.
9
10 X Angenommen
11 O Abgelehnt
12 O Verwiesen an: _____
13

1 Antragsteller(innen): AK Sozialpolitik
2
3

4 **Der Stadtteil Freiham soll inklusiv werden!**

5

6 München gilt seit langem als eine der behindertenfreundlichsten Städte Deutschlands.
7 Jedoch stellt das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von
8 Menschen mit Behinderungen (kurz: UN-BRK) vom 13.12.2006 neue Anforderungen an
9 die Inklusion von Menschen mit und ohne Behinderungen. München ist auf einem
10 guten Weg, diese Anforderungen umzusetzen:

- 11 • Die Landeshauptstadt München hat vor fast 40 Jahren einen ehrenamtlich
12 arbeitenden Behindertenbeirat eingerichtet, der seitdem die Interessen der
13 Betroffenen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung vertritt.
 - 14 • Weil keine aussagekräftige Daten über die Lebenssituation von Menschen mit
15 Behinderungen zur Verfügung stehen, hat das Sozialreferat eine repräsentative
16 Studie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse noch im Jahr 2013 vorgelegt
17 werden und entsprechende Maßnahmen nach sich ziehen werden.
 - 18 • Derzeit wird in der Stadtverwaltung ein Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK
19 erarbeitet, der dem Stadtrat voraussichtlich im Sommer 2013 vorgelegt wird und
20 eine Vielzahl von Maßnahmen auf den Gebieten Bildung, Arbeit, Kultur,
21 Gesundheit, Barrierefreiheit, Selbstbestimmte Lebensführung und anderen
22 beinhaltet.
- 23

24 Zusätzlich zu diesen Schritten soll München ein weiteres deutliches Zeichen für
25 Inklusion setzen. Dazu soll der neue Stadtteil Freiham modellhaft als inklusiver
26 Stadtteil geplant und realisiert werden. Menschen mit und ohne Behinderung, gerade
27 auch Familien mit behinderten Kindern, sollen ganz selbstverständlich gemeinsam in
28 diesem Stadtteil leben und ihn gestalten. Um dies zu erreichen sind die
29 entsprechenden planerischen und baulichen Voraussetzungen zu schaffen; ebenso ist
30 die kulturelle, soziale und gewerbliche Infrastruktur adäquat auszustatten.

31

- 32 1. Der Bildungscampus wird inklusiv gestaltet. Das Kultusministerium wird
33 aufgefordert, die geplante Förderschule in ein Förderzentrum umzuwandeln,
34 dessen Fachkräfte die unterschiedlichen Schulen bei der Inklusion von Kindern
35 mit Behinderung unterstützen, statt sie in der eigenen Einrichtung separiert zu
36 beschulen. Der Campus soll baulich so gestaltet werden, dass sich die
37 Schülerinnen und Schüler der unterschiedlichen Schultypen immer wieder
38 treffen, gemeinsame Angebote besuchen können und so zu einem wirklichen
39 Austausch kommen. Für inklusive Aktivitäten müssen die nötigen
40 Räumlichkeiten bereitgestellt werden. Auch die Schulsozialarbeit soll eine
41 entsprechende Ausstattung erhalten.
 - 42
43 2. Inklusion bedeutet auch, dass Menschen mit und ohne Behinderungen im
44 gleichen Betrieb nebeneinander arbeiten. Die Landeshauptstadt München wird
45 aufgefordert, Kontakt mit Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern aufnehmen, um
46 sie zur Einstellung von Menschen mit Behinderungen zu motivieren. Ferner ist
47 zu prüfen, ob Integrationsprojekte in Freiham angesiedelt werden können.
48 Werkstätten für behinderte Menschen sollen aufgefordert werden,
49 Außenarbeitsplätze in Freihamer Betrieben anzubieten, vorzugsweise mit
50 sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.
- 51

- 1 3. Wohnungen, öffentliche Gebäude und Freiflächen sind barrierefrei nach den
2 aktuellen DIN-Normen zu bauen. Auch Grünanlagen, Spiel- und Sportplätze und
3 kulturelle Einrichtungen müssen für alle Menschen nutzbar sein. Die Freiflächen
4 müssen so gestaltet sein, dass sie eine hohe Aufenthaltsqualität für alle
5 Generationen aufweisen. Die Planung soll kleinteilig erfolgen, so dass es kurze
6 Wege zu den Einrichtungen der täglichen Versorgung, den Gesundheitsdiensten
7 und den öffentlichen Verkehrsmitteln gibt.
8
- 9 4. Im Bereich der sozialen Infrastruktur sind Wohnungen für Wohngemeinschaften
10 und betreute Wohngruppen, Nachbarschaftstreffs und Stützpunkte für
11 Pflegedienste vorzusehen. Im geplanten Familienzentrum soll zu regelmäßigen
12 Zeiten eine Beratung für Eltern von Kindern mit Behinderungen und für Eltern
13 mit Behinderungen stattfinden.
14
- 15 „Nichts über uns ohne uns!“ Menschen mit Behinderungen fordern, an den Planungen,
16 die ihr Leben betreffen, beteiligt zu werden. Für Freiham bedeutet dies konkret, dass
17 Vertreterinnen und Vertreter des Behindertenbeirats bzw. der Behindertenbeauftragte
18 der Landeshauptstadt München in die Stadtratskommission Freiham und in die Jury
19 der noch ausstehenden Wettbewerbe aufzunehmen sind. Ein ständiger Austausch über
20 die inklusive Gestaltung des Stadtteils muss sichergestellt werden, um die Ansprüche
21 der UN-BRK zu erfüllen.
22
- 23 X Angenommen
24 O Abgelehnt
25 O Verwiesen an: _____

1 Antragsteller(innen): AK Sozialpolitik
2 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion
3

4 **Wohnraum für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst und** 5 **im kommunalen öffentlicher Dienst**

6
7 Die SPD-Stadtratsfraktion wird aufgefordert folgenden Antrag zu stellen:
8 Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den kommunalen
9 Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG oder gemeinnützigen Trägern der
10 Wohlfahrtspflege geeignete Wohnungsangebote für Bedürftige im Sozial- und
11 Erziehungsdienst, der Alten- und Krankenpflege bzw. andere kommunale Beschäftigte
12 zu entwickeln. Unternehmen und Beteiligungen der Landeshauptstadt München sollen
13 sich an diesem Programm angemessen und im Verhältnis der Anzahl ihrer
14 Mitarbeiter/innen beteiligen. Das Programm steht den gemeinnützigen Trägern der
15 freien Wohlfahrtspflege offen.
16 Diese Wohnungen sollen vorwiegend Fachkräften aus Berufen mit Fachkräftemangel
17 zur Verfügung stehen. Die Miethöhe ist einkommensorientiert zu gestalten.
18 Mitarbeiterinnen städtischer Zuschussnehmer in vergleichbaren Situationen sollen, bei
19 einer angemessenen Beteiligung der Zuschussnehmer, ebenfalls Zugang zu diesen
20 Wohnungen erhalten.

21
22 Begründung:
23

24 Es ist, gerade für Mitarbeiterinnen in Berufen im einfachen und mittleren Dienst, im
25 Sozial- und Erziehungsdienst, im Pflegebereich und vergleichbarer Einkommen anderer
26 Tarifstrukturen, sehr schwer in München eine Wohnung zu finden. Dies erschwert die
27 Suche neuer Arbeitskräfte und behindert den Verbleib gefundener Arbeitskräfte (z.B.
28 bei Familiengründung usw.).

29 Wenn wir, zu Recht, von den großen Münchner Unternehmen einen Wiedereinstieg in
30 den Werkwohnungsbau fordern, muss auch die Landeshauptstadt München und ihre
31 Unternehmen mit gutem Beispiel vorangehen.

32
33 X Angenommen
34 O Abgelehnt
35 O Verwiesen an: _____
36

1 Antragsteller(innen): Ortsverein Aubing-Lochhausen
2 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion

4 Bildungscampus Freiham

6 Der geplante Bildungscampus in Freiham wird auf Basis des pädagogischen Konzeptes
7 von REGSAM, sowohl baulich als auch inhaltlich, umgesetzt.

8 Folgendes wird dabei berücksichtigt:

- 10 1. Der Campus dient als Raum für ein aktives Zusammenleben von Kindern,
11 Jugendlichen und Erwachsenen und als Begegnungsstätte für alle Altersgruppen
12 und Kulturen.
- 13 2. Der Campus bildet einen Bildungsknotenpunkt, der für alle Bildungsbereiche
14 offensteht, z.B. VHS und öffentliche Bibliotheken.
- 15 3. Die Gebäude des Campus sind sowohl für schulische, als auch für
16 außerschulische Aktivitäten zu nutzen. Zum Beispiel werden die
17 Schulsportanlagen außerhalb der Schulzeit von Vereinen genutzt.
- 18 4. Freizeitangebote und Gastronomie/Mensen werden nicht mehr nach Schularten
19 getrennt.
- 20 5. Kindertagesstätten und -krippen sind als Bestandteil des Campus zu integrieren.
- 21 6. Die Ergebnisse der beiden Partizipationsveranstaltungen am 22.02. und
22 23.02.2013 werden in der Planung berücksichtigt.
- 23 7. Der Stadtrat wird gebeten, für die Ausschreibung der Rahmenplanung
24 Bildungscampus Freiham zu prüfen, welche Punkte aus dem gesamtheitlichen
25 Konzept des Campus Rütli in Berlin-Neukölln für die Planung eines
26 Bildungscampus in München-Freiham übernommen werden können und
27 welche Flächen dafür erforderlich sind, damit grobe Planungsfehler vermieden
28 werden.

30 Begründung:

32 Das jetzige Bildungssystem verfestigt bestehende gesellschaftliche Strukturen und
33 wirkt der Chancengleichheit entgegen. Die jetzige Planung für den Bildungscampus
34 Freiham bildet diese Kultur des Nebeneinanders ab. Schul-, Jugend- und
35 Bürgereinrichtungen werden derzeit dezentral als geschlossene Systeme geplant und
36 auch die Trennung der Schularten wird beibehalten.
37 Diese Planung soll geändert werden, damit in einer Kultur des Miteinanders ein aktives
38 Stadtteilzentrum mit den geforderten Einrichtungen entsteht. In einem
39 Bildungscampus, der die bauliche Trennung der Schularten aufhebt, soll ein neues
40 Bildungskonzept realisiert werden. Zudem kann dieser als wesentlicher Teil eines
41 lebendigen Stadtteilzentrums mit Bildungseinrichtungen für alle Generationen im
42 Münchner Westen dienen. Im abgeschirmten Schulbereich kann flexibel und
43 kostengünstig auf jede Änderung im Bildungssystem, wie z.B. Änderung der
44 Schulgliederung oder längeres gemeinsames Lernen, reagiert werden. In einem
45 öffentlich zugänglichen Bereich können die vorhandenen Räume sowohl für schulische
46 als auch für außerschulische Zwecke genutzt werden, z.B. Theater-/Konzertsaal,
47 Übungsräume für Chöre und Musiker, Bibliothek, Sport- u. Freizeitstätten,
48 Seniorenzentrum. Durch die gemeinsame Nutzung aller Einrichtungen in einem
49 aktiven Stadtteilzentrum wird der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt und eine
50 Reduzierung des Bauvolumens erzielt.

51

- 1 X Angenommen
- 2 O Abgelehnt
- 3 O Verwiesen an: _____
- 4

1 Antragsteller(innen): Ortsverein Schwabing-Alte Heide
2 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion
3

4 **Einrichtung von „Demenz-WGs“**

5
6 Die SPD-Stadtratsfraktion setzt sich für die Einrichtung, Unterstützung und Förderung
7 von „Demenz-WG's“ in München ein.
8

9 Begründung:

10
11 Die Betreuung Demenzkranker in Wohngemeinschaften hat sich bereits bewährt. Die
12 Patienten können entsprechend ihrem individuellen Zustand in die alltäglichen
13 Verrichtungen des Haushalts eingebunden und damit aktiviert werden, z.B. beim
14 Kochen oder anderen Hausarbeiten. Der Personalaufwand ist deutlich geringer als bei
15 ambulanter Einzelbetreuung oder im Heim.
16

17 Angenommen

18 Abgelehnt

19 Verwiesen an: _____
20

1 Antragsteller(innen): Jusos München
2 Adressat(innen): SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand
3

4 **SPD-Mitgliederbegehren vereinfachen**

5
6 Wir fordern, dass SPD-Mitgliederbegehren nicht mehr nur auf dem Papier
7 (Unterschriftenlisten) unterstützt werden können, sondern dass eine Abstimmung
8 auch online möglich ist. Durch eine Identifizierung mit der SPD-Mitgliedsnummer kann
9 gewährleistet werden, dass jedes Mitglied nur einmal abstimmt.

10
11 Begründung:

12
13 Beim Mitgliederbegehren gegen die verdachtslose Vorratsdatenspeicherung kamen
14 weniger als 6000 Unterschriften zusammen. Wir denken, man macht es sich zu
15 einfach, wenn man diese geringe Resonanz nur auf mangelndes Interesse an der
16 Thematik Vorratsdatenspeicherung zurückführt.

17 Das Verfahren mit den Listen, die unterschrieben in den SPD-Geschäftsstellen
18 abgegeben oder direkt an die InitiatorInnen geschickt werden sollen, ist zu
19 umständlich.

20
21 Angenommen
22 Abgelehnt
23 Verwiesen an: _____